

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT UND GLOBALISIERUNG – VEREINBARKEIT ODER GEGENSÄTZE?

(AUSZUG)

Gernot Gutmann

IV. GLOBALISIERUNG ALS WOHLSTANDSMEH- RENDER WETTBEWERB DER INSTITUTIONEN

Was hat es nun mit der Globalisierung auf sich? Obwohl in der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion der Begriff „Globalisierung“ eine herausragende Rolle spielt, wird selten hinreichend präzise dargelegt, was diese eigentlich ist. Man kann darunter das Zusammenwirken von Elementen einer dreifachen Art gesellschaftlicher Entfaltung begreifen, nämlich eine Internationalisierung, eine Transnationalisierung und eine beschleunigte Entwicklung transnationaler Informations- und Kommunikationsprozesse.

Beschränkt man sich auf den Bereich des Wirtschaftlichen, dann sind mit der Internationalisierung jene ökonomischen Prozesse gemeint, welche die Bedeutung grenzüberschreitender Handlungen für die eigene Gesellschaft erhöhen. Dies ist u.a. der Fall, wenn der Anteil von Export und Import für den nationalen Wirtschaftsprozess immer wichtiger wird, der Offenheitsgrad der Volkswirtschaft also zunimmt. Unter Transnationalisierung des Wirtschaftlichen ist das

Entstehen von Institutionen wie der WTO oder der Europäischen Währungsunion zu verstehen, also von Einrichtungen, welche die nationalen Rechtsordnungen überschreiten, aber auch das Entstehen von Unternehmensstrukturen, bei denen die einzelnen unternehmerischen Aktivitäten – wie Produktion, Finanzierung, Verwaltung, Vertrieb – an jedem Standort der Welt getrennt von den anderen stattfinden können, je nachdem, wo dies aus der Sicht des Unternehmens jeweils am günstigsten ist.

Dass die beschleunigte Entwicklung des Informations- und Kommunikationswesens direkt einwirkt auf die Entwicklung bestimmter Aspekte von Internationalisierung und Transnationalisierung, ist unverkennbar.

Eine Konsequenz dieser als „Globalisierung“ bezeichneten Vorgänge ist zweifellos, dass sich die alten Industriestaaten an den Weltmärkten einem Wettbewerb ausgesetzt sehen, den es in dieser Intensität früher nicht gab. Dieser Wettbewerb hat zumindest drei Dimensionen:

- Erstens hat man es mit einem verstärkten Wettbewerb auf den Absatzmärkten für Produkte zu tun, weil sich infolge der Eingliederung früherer Schwellen- und Entwicklungsländer in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung die einstige bequeme Position der Industriestaaten als Quasi-Monopolist für high-tech-Produkte aufgelöst hat;
- zweitens hat sich der Wettbewerb auf den Faktormärkten erheblich intensiviert, vor allem auf den Arbeits- und Kapitalmärkten;
- diese beiden Veränderungen in der Wettbewerbsposition der Industrieländer bewirken drittens einen internationalen Wettbewerb der Institutionen- oder Regelsysteme, also der Ordnungsformen.

Es wird den industrialisierten Staaten in Zukunft sicherlich nicht mehr in dem Ausmaß wie noch vor kurzer Zeit möglich sein, gewissermaßen aus einer nationalstaatlich monopolistischen Situation heraus und von außen her relativ unbehelligt nationale Gütermärkte, die Organisation des Staatswesens, die Arbeitsmärkte oder das System der sozialen Sicherung ohne Rücksicht auf den Rest der Welt ausschließlich nach eigenen Vorstellungen über Funktionalität, Sinnhaftigkeit oder Gerechtigkeit politisch auszugestalten. Da sich alle diese Entscheidungen direkt oder indirekt auf die ökonomische Qualität des eigenen Standorts auswirken, unterliegen sie letztlich der unerbittlichen Bewertung durch Bürger anderer Länder.

Das nationalstaatliche Politikmonopol wird aufgebrochen und die Politik wird dadurch gezwungen, ihre Entscheidungen so zu treffen, dass das internationale „rating“ des eigenen Standorts nicht verschlechtert, sondern möglichst verbessert wird.

Dies bedeutet jedoch keineswegs – wie man häufig kolportiert – dass dadurch die Autorität des Staates zerfallen wird und die Politik zum Spielball „finsterer Marktmächte“ verkommt.

Wahr ist freilich, dass es aus den genannten Gründen für die alten Industrieländer unumgänglich sein wird, Veränderungen an ihren bisher bestehenden Institutionen vorzunehmen. Jedoch den internationalen Wettbewerb, der dies bewirkt, als Quelle der Zerstörung von Sozialer Marktwirtschaft anzusehen, ist nur dem möglich, der die wohltandsmehrende Wirkung des Wettbewerbs der Ordnungsformen nicht begriffen hat oder sie ablehnt, und der in hybrider Weise die historisch entstandenen formellen Regeln oder Institutionen, die man in Deutschland heute konkret vorfinden kann, für die einzig mögliche und richtige Ausgestaltung einer Wirtschafts- und Sozialordnung ansieht, die den Namen Soziale Marktwirtschaft verdient. Eine solche Auffassung widerspricht aber schon den Erwartungen der Gründungsväter des Konzepts.

V. SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS DYNAMISCHES KONZEPT

Ganz abgesehen davon, dass die Realität unserer Ordnung zum Teil weit entfernt ist von den Grundprinzipien einer Sozialen Marktwirtschaft, wie sie die Architekten dieser Ordnungsidee ihrem Entwurf zugrunde legten, ist die Vorstellung, das bei uns entstandene und festgefügte Regelsystem, das ebenfalls als Soziale Marktwirtschaft bezeichnet wird, sei sakrosankt oder dürfe allenfalls in eine ganz bestimmte, politisch gewünschte Richtung hin verändert werden, eine völlige Verkennung des Umstandes, dass Soziale Marktwirtschaft von ihrem gedanklichen Konzept her kein statisch-stationäres, sondern ein dynamisches und offenes System ist, dessen konkrete Ausgestaltung an die Veränderungen der ökonomischen und gesellschaftlichen Umwelt permanent angepasst werden kann und muss – freilich nicht beliebig, sondern unter Wahrung der Prinzipien dieses Konzepts.

Nun hat aber die Diskussion der vergangenen Jahre für nahezu jeden Teilbereich der Ordnung Alternativen zum Bestehenden in Form von Vor-

schlägen und Modellen hervorgebracht und zur Diskussion gestellt, die geeignet sein könnten, unser bisheriges Regelsystem – unter Wahrung der Prinzipien des Leitbilds – mit den Erfordernissen der Globalisierung in Einklang zu bringen. Das nicht zuletzt von Interessenverbänden und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen geförderte außerordentliche Beharrungsvermögen und der zähe Widerstand großer Bevölkerungsteile gegen jedwede Reformen des bestehenden Regel- oder Institutionengefüges – und als Reflex hierauf das Verhalten der auf Maximierung von Wählerstimmen bedachten Politiker – macht es allerdings äußerst schwierig, solche neuen Vorschläge und Modelle zu testen und sie in die Realität umzusetzen.

Der von der Globalisierung ausgehende Zwang zur Umgestaltung bestimmter Ordnungsformen scheint derzeit noch nicht kräftig genug zu sein. Wir sind derzeit in einem ganz anderen Bereich – nämlich dem der inneren und äußeren Sicherheit – einem Anschauungsunterricht darüber ausgesetzt, wie stark äußere Ereignisse sein müssen, damit eingefahrene Denkgewohnheiten aufgebrochen und Fakten zur Kenntnis genommen werden.

VI. DIE SCHAFFUNG EINES TRANSNATIONALEN ORDNUNGSPOLITISCHEN RAHMENS

Die im Vortragsthema gestellte Frage, ob zwischen Sozialer Marktwirtschaft und Globalisierung ein Widerspruch besteht oder nicht, möchte ich nach dem bisher Gesagten wie folgt beantworten:

- Versteht man unter Sozialer Marktwirtschaft das in Deutschland heute konkret bestehende und gewohnte Gefüge von Regeln und Institutionen, welche die Wirtschafts- und Sozialordnung ausmachen, dann gibt es zweifellos einen nicht unbeträchtlichen Widerspruch zur Globalisierung. Die unumgängliche Auflösung dieses Widerspruchs durch Umgestaltung des bestehenden Regelsystems bedeutet dann eine möglicherweise erhebliche Zersetzung von so verstandener Sozialer Marktwirtschaft.
- Versteht man hingegen unter Sozialer Marktwirtschaft „[...] eine ordnungspolitische Idee, deren Ziel es ist, auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem [...] sozialen Fortschritt zu verbinden“, oder ein Regelsystem, welches „das Prinzip der Freiheit auf

dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs“ verbindet und das ein für Entwicklungen offenes System ist, dann vermag ich keinen grundsätzlichen Widerspruch zwischen Sozialer Marktwirtschaft und Globalisierung zu erkennen. Wohl aber eine politische Aufgabe ersten Ranges.

Nicht nur nationale sondern auch zwischenstaatliche wirtschaftliche Abläufe bedürfen nämlich der Ordnung, also der informellen und formellen Regeln für das ökonomische Verhalten, die den Prinzipien einer Sozialen Marktwirtschaft entsprechen. Je stärker die Volkswirtschaften dieser Welt vernetzt werden, umso wichtiger wird dies. Allerdings ist zu beachten, dass die kulturellen Traditionen, aus denen heraus die informellen Regeln als Teil der Wirtschaftsordnung erwachsen, sehr unterschiedlich sind. Hierauf muss bei der Kodifizierung international geltender formeller Regeln Rücksicht genommen werden. Man kann also nicht erwarten, dass die formellen Regeln des internationalen Wirtschaftsverkehrs in allen Ländern identisch sein werden.

Es ist die Aufgabe der auf den verschiedenen politischen Ebenen angesiedelten Einrichtungen – Nationalstaat, EU-Organe und weltweit vereinbarte Einrichtungen wie die WTO – unter Beachtung der unterschiedlichen Traditionen und Denkweisen, einen Ordnungsrahmen für das weltwirtschaftliche Geschehen nach den Prinzipien einer Sozialen Marktwirtschaft aufzubauen, der aber kein Abklatsch der bei uns präferierten Detailregeln sein kann und darf. Damit würden auch die Erwartungen Müller-Armacks erfüllt, der weitsichtig schon sehr früh der Überzeugung war: „Alle Ordnung der Zukunft, in welchen freien Ländern der Welt sie auch praktiziert werden mögen, werden irgendwie den Linien dieses Gedankens der Sozialen Marktwirtschaft folgen müssen.“ Um dies zu erreichen, wird es unter anderem auch notwendig sein – worauf Otto Schlecht hinweist – etwa zwischen den für Handel und Investitionen geltenden Regeln der WTO und den sozialen Mindeststandards der internationalen Arbeitsorganisationen nach einer sinnvollen Verbindung zu suchen. Diese muss jedoch so beschaffen sein, dass die Entwicklungs- und Schwellenländer in der Lage sind, ihre Kostenvorteile in der Konkurrenz auch zu nutzen, um dadurch in ihrer Entwicklung zu den Industriestaaten aufschließen zu können. Eine weltweite Harmonisierung solcher Standards wäre freilich kontraproduktiv, weil sie letztlich den Schutz der alten Industrieländer vor der Konkurrenz durch die Entwicklungsländer zur Folge hätte.

Um aber solche Regeln etablieren zu können, ist es erforderlich, den auf unterschiedlicher Ebene angesiedelten politischen Einrichtungen klare Aufgaben und Kompetenzen zuzuweisen und zu erreichen, dass sie bereit und in der Lage sind, solche Aufgaben und Kompetenzen zu übernehmen, wahrzunehmen und sie gegebenenfalls an andere Ebenen abzutreten.

Es scheint mir derzeit nicht mehr ganz utopisch zu sein, dass dies gelingen kann. Man wird natürlich immer wieder damit rechnen müssen, dass sich aus den unterschiedlichen Interessen der einzelnen Staaten heraus Konflikte ergeben, die erst allmählich zu überwinden sein werden. Wenn es also einen Konflikt zwischen dem Ordnungskonzept der Sozialen Marktwirtschaft und der Globalisierung geben sollte, dann ist er hier zu suchen. Die eigentliche Herausforderung der Globalisierung ist somit nicht ökonomischer, sondern politischer Natur.